

Waffenregierung hierin auf die erdrückende Mehrheit der Krieger rechnen kann, und fordert sie auf, sich nötigenfalls in den Schutz des Herres zu stellen.

**Die Auler Mäit für die Ausschaltung des Bürgerturns.**

Die Arbeiter- und Soldatenräte fassen folgende grundsätzlichen Beschlüsse: Die politische Macht ruht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die Früchte der Revolution geerntet sind. 2. Alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz werden als Nationaleigentum erklärt. 3. Es ist Sorge zu treffen, daß alle Regierungsmassnahmen nur auf die Sozialisierung hinarbeiten, und zwar im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten, und daß hierbei die Bourgeoisie ausgeschaltet wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen; auch von den Arbeiter- und Soldatenräten, die zu gleichen Teilen aus Scheibmann- und Haase-Gruppen zusammengesetzt sind und unter denen sich auch Gewerkschaftsführer befinden

**Ein nationalliberaler Aufruf.**

Im Namen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei wenden sich die Herren Friedberg, Strösemann und Vogel an ihre Parteigenossen und an alle breite Oeffentlichkeit. Sie betonen im Eingange ihres Aufrufes, daß der Wunsch nach Verschmelzung der beiden liberalen Gruppen weite Kreise umfaßt hatte. Die Verhandlungen nahmen denn auch anfangs einen durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Dann heißt es wieder weiter: „Die Auffassung der Fortschrittlichen Volkspartei, daß die Vereinigung sich auch auf die neue demokratische Partei beziehen müsse, konnten wir nicht teilen, da die Forderungen dieser Partei sich nach unserer Auffassung mit der Ueberzeugung unserer Wählerschaft nicht deckten. Das stellt die nationalliberale Partei vor die Aufgabe selbständig zu bleiben und auch selbständig in einen eventuellen Wahlkampf einzutreten.“ Die Nationalliberalen wollen nun eine neue Partei gründen mit folgendem Programm: 1. Herstellung der Ruhe und Ordnung im Innern und deshalb Unterstützung aller Bestrebungen der tatsächlichen Regierung. 2. Schleunige Einberufung einer verfassungsgebenden Körperschaft, ohne deren Zustimmung, Änderungen in bezug auf die Staatsverfassung und Wirtschaftsverhältnisse ungesetzlich bleiben. 3. Schleunige Herbeiführung des Friedens, damit der neue Ausbau des deutschen Staates und der neuen Wirtschaft stattfinden kann.

Eine Zentralvorstandssitzung soll in kürzester Frist einberufen werden, um zu dem neuen Programm Stellung zu nehmen.

**Die Deutsche demokratische Partei.**

Die Fortschrittliche Volkspartei und erhebliche Teile der Nationalliberalen haben sich mit den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufes vom 16. November über den Grundgedanken dieses Aufrufes vereinigt. Die großdemokratische Partei ist dadurch ins Leben gerufen worden. Sie führt den Namen Deutsche demokratische Partei. Sobald es die Verhältnisse gestatten werden, soll ein auf breiterer demokratischer Grundlage gewählter Delegiertentag die Verfassung und Geschäftsführung der Partei endgültig festlegen. — In Dresden hat sich ein Ausschuss zur Gründung einer allgemeinen demokratischen Partei für Sachsen gebildet.

**Auf dem Wege zum Frieden. Der Friedenskongreß.**

Der Londoner „Daily News“ schreibt: Ich bin in der Lage, die getroffenen Vereinbarungen in Sachen des Friedenskonferenzprogramms bereits jetzt zu melden. Die Vorbereitungen umfassen drei verschiedene Konferenzen. Als erste wird in London das Reichskriegskabinett zum Kammerentwurf zur Feststellung der Politik des britischen Reiches, Sämtliche Premierminister der Dominions werden sich an diesen Beratungen beteiligen. Etwa Mitte Dezember wird in Paris eine wichtige interalliierte Konferenz stattfinden. Hier werden die Delegierten ihre Gedanken austauschen und ihre Ansichten miteinander in Einklang bringen. Es wird hier ein großer Stab von Sachverständigen auf militärischem und Marinegebiet erwartet, sowie andere Fachmänner der verschiedenen Regierungen. Die britische Delegation allein wird aus 200 Personen, Offizieren und Beamten bestehen. So früh wie nur möglich, im Januar, wird in Versailles die große Friedenskonferenz zusammentreten, wo die Entente-Delegierten sowie Abordnungen aus Deutschland, Oesterreich und der Türkei anwesend sein werden. Die Konferenz, die in Versailles tagt, wird ihr Hauptquartier in Paris haben.

**Kleine politische Meldungen.**

- Barth Richard Emil zu Dohna-Schlobitten** ist in Königsberg (Ostpr.) an den Folgen der Grippe gestorben. Der Verstorbene besand sich unter den Ehrenhausmitgliedern, die, um für das gleiche Wahlrecht zu stimmen, aus der konservativen Partei austraten.
- Seimlicher Waffenhandel?** Die „Germania“ richtet folgende Frage an die Regierung: „Ist der Regierung nicht bekannt, daß ein heimlicher, aber nicht unbedeutender Waffenhandel im Schwunge ist, und was gedemt sie dagegen zu tun? Wenn es weiter möglich bleibt, sich in Keimen Schärpen und ähnlichen Wokalen für billiges Geld mit Revolvern, Gewehren und sogar Maschinen gewehren zu versorgen, wird es nicht mehr lange dauern können, bis die Regierung sich einer wohlbewaffneten Anarchie gegenübersehen, derselben Anarchie, deren Herr zu bleiben die Bürgerkriege und die Sozialdemokratie gemeinsam interessiert sind.“
- Große Schiffsbaupläne** Amerikas. Der amerikanische Marineminister Daniels erklärte in einer Besprechung mit Marinearchitekten und Marineingenieuren: Die Vereinigten Staaten werden fortsetzen, Schiffe zu bauen und werden ihr großes Schiffsprogramm fortsetzen, nicht weil wir die kleinen Wölfer beschränken wollen, sondern um den großen und kleinen gleichermäßen die Freiheit der Meere zu sichern und zur Ueberwachung der Welt beizutragen.
- Die Italiener in Fiume.** Am Mittwoch haben italienische Truppen zusammen mit Verbänden der Alliierten die Stadt Fiume besetzt. Der Einzug verlief ohne Zwischenfälle. Wegen gegen den Seimlichungs-Ost. In einer sehr zahlreich besuchten Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen wurde in hohem Maße Stellung genommen gegen

die geplante Einrichtung des Armeekommandos Seimlichungs-Ost. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß damit dem Zusammenwirken der deutschen und polnischen Bevölkerung die Regierung in Stadt und Provinz Posen sichergestellt sei. Die Reichsregierung wird ersucht, die unter der Bezeichnung Seimlichungs-Ost geplante Maßnahme unverzüglich rückgängig zu machen, da sie geeignet ist, Ruhe und Frieden in der Provinz aufs Schwerste zu gefährden. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen sind in der Lage, den vollen Schutz an den Grenzen und im Innern der Provinz zu übernehmen. Baumwollverfälschungen. Es wird bekanntgegeben, daß alle Beschränkungen für die Verschiffung von Baumwollgarn aufgehoben wurden, außer der nach Deutschland und den nordwesteuropäischen neutralen Ländern. Man nimmt an, daß diese Beschränkungen für die letzteren erreicht werden, sobald Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt hat.

**Von Stadt und Land.**

Aue, 22. November.

**Stadtverordnetenversammlung zu Aue vom 21. November.**

Der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ging eine geheime gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften voraus, die um 5 Uhr begann und sich bis fast gegen 1/8 Uhr ausdehnte. Naturgemäß hatten die Stadtverordneten dann keine Zeit, die ganze sieben Punkte umfassende Tagesordnung der öffentlichen Sitzung noch zu erledigen und so wurden aus dieser nur vier Punkte herausgegriffen und in beschleunigtem Tempo verabschiedet. Der Vorsitzende, Herr Abgeordneter Wätzel, nahm dabei Gelegenheit, — worauf wir in unserem Blatte schon früher einmal hingewiesen hatten — auf die unglückliche Verquickung der gemeinschaftlichen Sitzung beider Körperschaften mit der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zu verweisen, die dazu führen muß, daß die Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen angesichts der Uebermüdung des Kollegiums einfach durchgepeitscht wird. Aber auch der Presse kann man es ferner nicht zumuten, stundenlang auf den Beginn der öffentlichen Sitzung zu warten, deren Termin nicht angegeben ist.

Das Kollegium war gestern nahezu vollzählig. Einige der Mitglieder waren aus dem Felde zurückgekehrt, darunter der Vorsitzende Herr Justizrat Kaabe. Auch die Stadträte waren mit Ausnahme des Herrn Hehner in corpore anwesend, nur Herr Bürgermeister Hofmann fehlte, der aber bereits der geheimen Sitzung beigewohnt hatte. Der Sitzungssaal zeigte in seinem Inneren wieder das gewohnte Bild, d. h. die Einseitigkeit, mit der die Seiten des Saales zur Verbesserung der Akustik verhängt gewesen waren, war verschwunden und es war die ursprüngliche Sitzordnung wieder hergestellt worden. Anschließend haben die Stadtverordneten und Stadträte die neue Sitzordnung als so ungemüthlich empfunden, daß sie sich rasch wieder ihrer entledigen wollten. Zum ersten Male seit langer Zeit sah man auch zahlreiche Zuhörer im Zuscherraum.

**Ansprache des Vorsitzenden.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung verwies Vizevorsitzer Wätzel darauf, daß das Kollegium zum ersten Male wieder versammelt sei, seitdem die Katastrophe über unser Volk hereingebrochen ist. Sie ist hervorgerufen worden durch Verrat, durch Lug und Trug. Nun haben wir ein Staatsgebilde, dessen Zukunft noch in der Luft hängt. Noch wissen wir nicht, wohin das Schifflein geht. Aber so wie der Rat unserer Stadt sich der vorläufigen Regierung zur Verfügung gestellt habe, so werde das auch das Stadtverordnetenkollegium im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung tun und es werde nichts Gegentiliges unternommen.

**Verwendung von Weihnachtsbeschenken.**

Vizevorsitzer Wätzel machte dann den Vorschlag, der vorgelegten Stunde wegen und wegen der Kälte im Saale von der Tagesordnung einige besonders eilige Punkte herauszugreifen und den Rest abzulehen. So wurde zunächst Punkt 1, betr. die anderweitige Verfertigung über die noch vorhandenen Weihnachtsbeschenken für das 19. Armeekorps, behandelt. Dadurch, daß der Korpsverband sich aufgelöst hat, ist der frühere Beschluß über die Verwendung hinfällig geworden. Nun hat Frau Bürgermeister Hofmann als Vorsitzende des hiesigen Albert-Zweigvereins gebeten, ihr 200 Pakete zur Verwendung für den Verein unentgeltlich zu überlassen. Die noch verbleibenden Pakete sollen bedürftigen Auer Soldaten überlassen werden.

Das Kollegium stimmte bedankend diesem Antrag zu.

**Hauptwasserleitung Niederschlemaer Weg.**

Für die Wasserzuführung auf dem Grundstücke der Firma Lederer u. Strobel auf dem Niederschlemaer Weg waren für Erdarbeiten am 17. Oktober zu Konto 15 des Haushaltes 500 Mark bewilligt worden. Dafür sollte die genannte Firma die Hälfte des von der Stadt für die Wasserleitung aufzuwendenden Kapitals (2080 Mark) mit 5 Prozent vergütet. Nach einem neuerlichen Ratsbeschlusse wird nun die Vergütung für die Firma auf 1/3 herabgesetzt, dafür aber hat die Firma die Kosten der Erdarbeiten selbst zu tragen. — Das Kollegium stimmte dem zu.

**Ein Abkommen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.**

Der Rat bezugl. Bürgermeister Hofmann hat in einer Konferenz mit dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November ein Abkommen getroffen, das u. a. die Bestimmung enthält, daß, soweit durch die Mitarbeit des A. u. S. Rates und die Veröffentlichungen darüber Kosten entstehen, diese durch ein Verrechnungsgeld gedeckt werden sollen. Das Kollegium wird gebeten, diesem Punkte des Abkommens beizutreten.

Stadtv. Verlaß beantragte die Verlesung des ganzen Abkommens. Es würden verschiedene Kosten entstehen, so z. B. für die Teilnahme des A. u. S. Rates an Verrechnungen des Bezirksausschusses, der Kreishauptmannschaft, für die Sicherheitsmann-

schaften in Aue (100 Mann, aus Arbeitern zusammengeestellt) usw.

Die Verlesung wurde vom Kollegium gutgeheißen. Aus den Abmachungen geht hervor, daß die Verwaltung der Stadt künftig nicht ohne Mitwirkung des A. u. S. Rates erfolgen soll. Eine bis in alle Einzelheiten der Verwaltung gehende Mitarbeit des A. u. S. Rates hatte Bürgermeister Hofmann abgelehnt, wenn anders der Rat die volle Verantwortung tragen soll. — Bei Beschlüssen über die städtischen Verwaltung und beim Verkehr mit den Oberbehörden ist die Mitwirkung des A. u. S. Rates zuzulassen. Der A. u. S. Rat bildet einen geschäftsführenden Ausschuss, dem zu seinen Beratungen das bisherige Amtsstübchen des juristischen Hilfsarbeiters auf dem Rathause eingeräumt wird. Bei Verwaltungssachen erfolgt die Gegenzeichnung des A. u. S. Rates. Es wird eine freiwillige Sicherungsmannschaft aus dem Arbeiteramt gebildet, die bei event. Unruhen, ferner zur Bewachung der städtischen Lebensmitteldorräte, des Gas- und Elektrizitäts- und Wasserwerks, der Sparkasse usw. in Tätigkeit treten soll.

Der A. u. S. Rat forderte ferner Zulassung einer Abordnung zu den Ratsitzungen, um eine etwa abweichende Politik des Rates verhindern zu können. Bürgermeister Hofmann lehnte dies ab unter Hinweis darauf, daß der Rat sich seiner Verantwortung bewußt sei und auch fernerhin in seinen Beschlüssen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen werde. Weiter erklärte er, er würde es nicht für angänglich halten, gegen bewährte städtische Beamte Maßnahmen zu ergreifen.

Der A. u. S. Rat forderte demgegenüber ein taktvolles Verhalten der städtischen Beamten gegenüber dem Publikum und die Entsendung eines Kontrollbeamten zur städtischen Lebensmittelverteilung. Er schlug dafür den Lagerhalter des hiesigen Konsumvereins vor, was akzeptiert wurde.

Es folgte dieser Verlesung nun eine kurze Erörterung über den oben erwähnten Ratsantrag betreffend die Bewilligung eines Verrechnungsgeldes. Stv. Verlaß schlug hierfür 3000 Mark vor. Schließlich wurde ein Antrag des Stadtv. Vorsitzenden Kaabe angenommen, den Antrag an den Rat mit dem Ersuchen zurückzugeben, dem Finanzausschuß über die Höhe des Rechnungsgeldes eine Vorlage zu machen und diese dann an das Kollegium zurückgelangen zu lassen. Grundsätzlich war das Kollegium mit dem Ratsantrage einverstanden.

**Stadtratswahlen.**

Zu Punkt 7 (Kenntnisnahmen) richtete Vizevorsitzer Wätzel die Frage an das Kollegium, ob Stadtv. Verordneten neuwählen wie im Vorjahre bis zum Eintritte geordneter Verhältnisse vertagt und ob dagegen Neuwahlen für die verstorbenen Stadträte Cahler und Günther vorgenommen werden sollten? Auf diese Weise könne man dann Vertreter der Arbeiterschaft in den Stadtrat hineinbringen. Das Kollegium erklärte sich mit der Neuwahl von Stadträten einverstanden.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung soll in acht Tagen stattfinden.

**s. Festlicher Empfang heimkehrender Truppen in Aue.**

Die gestrige stattgehabte gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften beschäftigte sich u. a. auch mit einer Besprechung des Kollegsrates des A. u. S. Rates Leipzig, in welcher mitgeteilt wurde, daß in Aue ein Landsturmbatalion und vielleicht auch noch ein weiteres Bataillon demnächst zur Demobilisierung ein treffen werden. Diesen Truppen soll ein festlicher Empfang bereitet werden, und es ist vorgesehen, an den Tagen des Einzugs Bahnhof, Straßen und Plätze, die bei dem Einzug berührt werden, festlich zu beleuchten, zu schmücken, Ehrenpforten und Triumphbögen zu errichten usw. Im Ubrigen sollen die Häuser besaggt werden, dann der Dank eines jeden Einwohner gegenüber den Truppen, die das Vaterland verteidigten, zum Ausdruck kommen. Die städtischen Körperschaften bewilligten für die Schmückung der Stadt und für die Stellung von Festmuskul, ferner für andere zweckdienliche Veranlassungen ein Verrechnungsgeld von 3000 Mark. Die Einwohner sollen durch diesen Beschluß nur mit Freude beglückt werden. Sie bedauern den niederschmetternden Ausgang des Jahres, aber sie weiß auch, daß nicht ein bestiges Feuer vom Schlachtfelde zurückkommt, sondern ein Feuer, das die glänzendsten Siege erfochten hat und unbezweifelbar heimkehrt. Sie wird ihr Teil zum Festempfang beitragen und bei der Schmückung der Stadt und der Häuser werden alle verfügbaren Kräfte in Anspruch genommen. So gerecht natürlich sein werden, daß, entsprechend mit den bisherigen Jahren, in Aue die Fahnen der Reichs- Landes- und Stadtfarben zur Darstellung kommen. Von dem Kollegsrate ist bereits ein Antrag gestellt worden, daß sich die Auer und hiesigen unteren Klassen auch durch Veranlassung von Festmuskul und anderen ähnlichen in den Tagen der Einzüge zeigen und daß festlich, nicht für die heimkehrenden Truppen, sondern für die Veranlassungen freistehen zur Verfügung gestellt werden.

Vorbereitungen für die Nationalversammlung. In der Stunde der ersten Gefahr für zentralisiertes wirtschaftliches Leben hat sich am 21. ein einzigartiges, demokratisches Verhalten des Volkes einen Durchbruch ermöglicht, an alle Kampfbereitschaft für die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Nationalversammlung zu erlassen. Ferner sollen an